

Rede von Finanzbürgermeister Bertram Schiebel zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs  
2010 am 14.12.09

## **Krise bedroht Kommunen**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Esslingen,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

der Haushaltsplan, den wir heute vorlegen, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

- Er ist natürlich von den Folgen der Weltwirtschaftskrise und der deshalb notwendigen Konsolidierung geprägt.
- Er setzt dem zu Trotz seinen Schwerpunkt in den Ausbau von Bildung und Betreuung.
- Er markiert den Wendepunkt zu einer neuen Steuerung – vom kamerale hin zu einem kaufmännischen Denken.
- Und er zeigt uns deutlich, wie sehr wir von Einflüssen aller staatlichen Ebenen betroffen sind.

„Die Krise bedroht die kommunale Selbstverwaltung“ ist daher eine passende Überschrift nicht nur zur Situation der Stadt Esslingen am Neckar.

Der Steuereinbruch von 50 Mio. Euro kennzeichnet unsere Lage. Während ich bei Einbringung des Haushalts 2009 noch hoffen durfte, dass die Finanzkrise sich nicht so sehr auf die Realwirtschaft auswirken wird, wissen wir es heute: Seit Januar diesen Jahres gingen unsere Steuereinnahmen zwar mit einigen Pausen, aber kontinuierlich zurück. Das ist der allgemeinen Lage geschuldet – leider verstärkt durch die besondere Situation der Esslinger Industrie: Was früher unsere Stärke war – der hohe Anteil exportorientierter und metallverarbeitender Industrie – wirkt heute nachteilig. Und kann – ich meine wird – morgen wieder von Vorteil sein.

Deshalb investieren wir auch trotz dieser schwierigen Situation im Jahr 2010 in die Zukunft - die Zukunft unserer Kinder:

- Über 3,5 Mio. Euro in die Entwicklung unserer Hauptschulen
- 3 Mio. Euro in den Schulbetrieb, insbesondere Medienentwicklung
- 1,4 Mio. Euro in Kleinkinderbetreuung + Personalkosten
- 6 Mio. Euro in wichtige Infrastrukturmaßnahmen, auch in die Sanierung von Brücken, die wir zwar gebremst, aber nachhaltig fortführen.
- 1,2 Mio. Euro werden wir für Renaturierungen ausgeben. Dem Klimaschutz kommen zudem energetische Sanierungen i.H.v. 4 Mio. Euro zu Gute.

Insgesamt summieren sich die Ausgaben im investiven Bereich auf 24 Mio. Euro – einem Betrag, der im üblichen Durchschnitt liegt. Damit leisten wir in Esslingen trotz des engen finanziellen Korsetts unseren Beitrag zur Beschäftigungssicherung und zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Dies hat natürlich Folgen für unsere laufenden Ausgaben. Ständige Sparbemühungen und Verbesserungen in den Abläufen ermöglichen es uns, den Anstieg bei den Personal- und Sachkosten außerhalb des Bereichs Bildung und Betreuung inflationsbereinigt nahezu konstant zu halten. Doch der Schwerpunkt im Bereich Betreuung und Bildung hat seinen Preis: Dort steigen unsere Ausgaben steil an. Hinzu kommt zusätzlicher Aufwand,

beispielweise beim Abwasser und durch Leistungsausweitungen. Diese Ausgaben stellen ein strukturelles Problem dar, weil damit keine zusätzlichen Einnahmen verbunden sind. Umso notwendiger sind ständige Optimierungsbemühungen. Wir haben gleich zu Beginn dieses Jahres die vorhandenen Mittel nur schrittweise zur Bewirtschaftung freigegeben. Zusammen mit dem Gemeinderat hat die Verwaltung merkbare Schritte zur Konsolidierung eingeleitet.

Nur so war es möglich, die Vorgaben des Gemeinderats im Eckdatenbeschluss für den nun vorliegenden Entwurf des Haushalts 2010 einzuhalten. Bei der Gewerbesteuer gehen wir davon aus, dass das derzeit niedere Niveau die Talsohle darstellt, auf der wir uns noch eine ganze Zeit bewegen werden. Die Steigerung um 10 Mio. Euro ergibt sich aufgrund der wegfallenden Rückzahlungen. Bei den Personalkosten wollen wir nochmals leicht zurückfahren. Wenn wir dennoch die angepeilte Defizitgrenze nicht ganz erreichen, liegt dies – wie dargelegt – in den Ausgabensteigerungen bei der Betreuung und beim Abwasser begründet. Die Investitionen halten wir auf gutem Niveau. Bei den Einnahmen aus Rücklagen und Schulden haben wir eine Verschiebung zu mehr Entnahmen aus den Rücklagen vorgenommen. In Summe brauchen wir 2,5 Mio. Euro weniger. Darin zeigen sich die Sparbeschlüsse des Gemeinderats.

Insgesamt umfasst das Konsolidierungspaket Verbesserungen im Verwaltungshaushalt von 12,7 Mio. Euro über 4 Jahre, also bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben. Die Investitionen, folglich der Vermögenshaushalt, werden um 13,2 Mio. Euro zurückgefahren. Insgesamt summieren sich die Entlastungen des städtischen Haushalts auf 28,8 Mio. Euro. Angesichts der Finanzierungslücke mag dies unzureichend erscheinen, vergleicht man damit aber die Sparbemühungen andernorts und die Widerstände in Teilen der Bevölkerung gewinnen die Konsolidierungsbeschlüsse deutlich an Wert. Hierfür möchte ich mich auch im Namen unseres heute verhinderten Oberbürgermeisters sehr herzlich bei Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderats, sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet haben und nun die Last der Umsetzung tragen.

Der Blick auf den voraussichtlichen Schuldenstand zum Jahresende 2010 erzeugt Wehmut. Unsere Anstrengungen, die Kredite im Kernhaushalt gänzlich zurückzuführen, sind beinahe an der Ziellinie gescheitert. Dennoch: Ohne diese Bemühungen hätten wir spätestens 2011 Schulden von über 100 Mio. Euro erreicht. Die neuen Kredite selbst sind als Beitrag der Stadt Esslingen zur Bewältigung der Konjunkturkrise auch positiv zu bewerten. Bis heute haben wir in Esslingen die Krise gut gemeistert.

Sorgen bereiten die Folgelasten. Ein Kapitaldienst von 5-6 Mio. Euro jährlich belastet unsere Haushalte nachhaltig. Schuldzinsen und der erwähnte strukturelle Ausgabenzuwachs ohne zusätzliche Einnahmen beeinflussen die Ergebnisse der Stadt deutlich negativ. Künftig müssen wir verstärkt die Ergebnisentwicklung im Auge behalten.

Einen ersten Schritt tun wir mit der Umstellung auf ein Rechnungssystem, das dem der Kaufleute angeglichen ist. Der vorliegende Haushalt markiert insofern einen Wendepunkt: Er ist der letzte in herkömmlicher Form. Ab 2011 wird der Haushalt anders aussehen. Er beinhaltet drei Teile:

- Eine Finanzrechnung, die aussagt, ob wir genügend Finanzmittel für unsere Ausgaben haben. Sie entspricht der Grundaussage der herkömmlichen Haushalte.
- Eine Vermögensrechnung, oder geläufiger Bilanz, die Aufschluss über den Stand unseres Vermögens gibt und ob es mit Eigen- oder Fremdmitteln finanziert ist.

- Und eine Ergebnisrechnung, die uns zeigt, ob wir die Ressourcen, die wir verbrauchen, auch erwirtschaften – also den Werteverzehr und heute verursachte künftige Verpflichtungen - oder kurz, ob die Folgelasten finanziert sind.

Die vor gut anderthalb Jahren eingesetzte Projektgruppe arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung. Wir sind guten Mutes die Umstellung im kommenden Jahr abzuschließen. Für den hohen Einsatz und das große Engagement bedanke ich mich auch an dieser Stelle sehr herzlich.

Wir werden mit dem „Neuen Kommunalen Haushaltsrecht“ ein Instrument bekommen, das die Anforderungen moderner Managementsysteme an Steuerung erfüllt. Die Zielsetzungen des Gemeinderats sind zentral. Hinzu treten Berichtswesen und flexible Anpassungen. Idealerweise steuern wir nicht mehr über Geldeinsatz, sondern über erzielte Wirkungen.

Bisher haben wir als Erfolg verkauft, wie viel Geld wir für ein Themenfeld oder ein Projekt ausgegeben haben. Dabei fiel die Bewertung der Resultate weniger ins Gewicht. Im nächsten Schritt möchten wir dahin kommen, die erbrachten Leistungen zu messen. Endziel ist, die gewünschten Wirkungen zu definieren, zu messen und zu bewerten.

Das erfordert zweifelsohne ein Umdenken – ein Umdenken im Gemeinderat, vor allem aber in der Verwaltung. Äußerungen wie „das haben wir immer so gemacht“, „ich kann nicht anders, ich erfülle nur Vorschriften“ oder „es kostet, was es kostet“ sind Zeichen von Ohnmacht und führen in eine Sackgasse. Künftig sollten wir uns den Sinn und Zweck unseres Tuns vor Augen führen. Wie kann ich ein Ziel erreichen ohne zusätzliche, nicht vorhandene Finanzmittel einzusetzen? Wie kann ich die gleichen Leistungen mit weniger Ressourceneinsatz erbringen? Wie kann ich mit gleichen Mitteln mehr Leistungen generieren? So führen Lernfähigkeit, Wissen und Kreativität zu Innovationen und höherer Produktivität. Produktivitätsfortschritt ist die Basis unseres heutigen Lebensstandards – und ohne Produktivitätszuwachs werden wir diesen nicht ausbauen können.

Den langen, schwierigen Weg zu solchem Umdenken zeigt beispielhaft die Frage der Genehmigung unserer Haushalte durch das Regierungspräsidium Stuttgart. Das haben wir beim Nachtrag zum Haushalt 2009 erfahren. Und ich fürchte, das wird uns auch beim vorliegenden Haushalt beschäftigen. Das erwartete Defizit im Verwaltungshaushalt von 32 Mio. Euro wollen wir neben Grundstücksverkäufen von 8 Mio. Euro über Rücklagenentnahmen von 15 Mio. Euro und einem Teil der Kredite von 9 Mio. Euro finanzieren. Das tun wir, weil es wirtschaftlich ist. Das Regierungspräsidium denkt anders – formaljuristisch. Solange wir Rücklagen haben, lehnt es Kredite für den vorgesehenen Zweck ab. Wenn man das Ergebnis betrachtet, ist das nicht verständlich. Zwar sparen wir Schuldzinsen für die nicht aufgenommenen Kredite, doch erzielen eben auch keine Erträge aus der Geldanlage. Solange unser Stadthallenfonds höhere Erträge erwirtschaftet als uns Kredite kosten, ist dies ein Minusgeschäft.

Dieses Minus ist nur ein kleiner Teil der Einbußen, die von allen staatlichen Ebenen den Städten und Gemeinden zugemutet werden. Entgegen allem wirtschaftlichen Sachverstand – vom Sachverständigenrat bis zum Rechnungshof – will die Bundesregierung Steuerentlastungen auf Pump finanzieren. Hauptleidtragende werden die Kommunen sein. Vor zwei Jahren hat der Bundestag die Gewerbesteuer von 5 auf 3,5 Prozent des Ertrags gesenkt. Zum Ausgleich wurde die Bemessungsgrundlage verbreitert. Diese Gegenfinanzierung möchte die Bundesregierung nun zum größten Teil kassieren. Die Folgen für die Gemeindefinanzen werden entsprechend negativ sein.

Das Land steht dem nicht nach. Es erhöht die Anforderungen für die Kleinkinderbetreuung und lässt die Gemeinden auf mindestens 67 Mio. Euro sitzen. Zudem entnimmt es weiter 395 Mio. Euro jährlich der kommunalen Finanzmasse. Aufgrund der Mechanismen des Länderfinanzausgleichs hält die Landesregierung dies für gerechtfertigt. Dabei wird die Zahllast des Landes in Folge des stärkeren Einbruchs der Wirtschaftskraft im Land deutlich sinken.

Völlig losgelöst von aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen agiert der Verband Region Stuttgart. Er setzt seine verfehlte und vor allem ineffiziente Verkehrspolitik fort. Durch eine einseitige Fokussierung auf den schienengebundenen Nahverkehr unter Vernachlässigung – ja teilweise Nichtbeachtung – des Regionalverkehrs und des Potentials von Busverkehrssystemen steigt die Verkehrsumlage gewaltig. Diese Ausgaben belasten die Kommunen zusätzlich.

Besonders ärgerlich empfinde ich die Selbstbedienung des Landkreises, weil er sich der kommunalen Familie zugehörig bezeichnet. Tatsächlich ist er eher eine untere staatliche Verwaltungsbehörde, die Ihre Ausgaben hauptsächlich über die Kreisumlage finanziert. Unbestritten steigen diese Ausgaben infolge der Krise, aber eben auch die Einnahmen gehen deutlich nach oben. Die Ausgaben der Städte und Gemeinden steigen ebenfalls, nur fallen die Einnahmen sehr stark. Wo bleibt hier die vom Landrat so oft beschworene kommunale Solidarität?

Meine Damen und Herren,  
der vorliegende Haushaltsplan wurde mehr als je zuvor gemeinsam und in einem schwierigen Umfeld erarbeitet. Ich danke allen, die daran beteiligt waren – Ihnen für den Eckdatenbeschluss, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haushaltsabteilung in der Kämmererei für die Zusammenstellung des umfangreichen Datenmaterials und den Haushaltsbeauftragten in den Ämtern für die Zuarbeit.

Das Haushaltswerk insgesamt möchte ich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Konjunkturkrise werden wir mit Krediten überbrücken können.
- Die Lasten der Krise und struktureller Herausforderungen werden wir auf Grundlage eines neuen Rechnungswesens verantwortlich und hoffentlich erfolgreich bewältigen.
- Allerdings sind wir darauf angewiesen, dass die von dritter Seite gesetzten Rahmenbedingungen stimmen. Denn sonst heißt es wirklich: Den letzten beißen die Hunde!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.